

Am Tage danach

Warum der Krieg im Konflikt mit Iran keine Option sein darf

Von Navid Kermani

Wenn Politiker auffällig oft betonen, daß sie nicht an einen Krieg denken, steht der Krieg aller Erfahrung nach unmittelbar vor. Indem sie den Krieg überhaupt in Erwägung ziehen, gewöhnen sie die Öffentlichkeit schon einmal an dessen Möglichkeit. Entsprechend wird als naiv abgestraft, wer den Krieg von vornherein ablehnt. Er habe das Spiel nicht begriffen, heißt es dann, er nehme der Diplomatie ihr entscheidendes Druckmittel. Gerade wer den Krieg vermeiden möchte, dürfe ihn nicht ausschließen.

Das Argument ist nicht von der Hand zu weisen. Erst als die Amerikaner ihre Truppen vor den Grenzen Iraks zusammenzogen, bettelte Saddam Hussein darum, mit den Waffeninspektoren zu kooperieren. Kurz vor seinem Ende wäre er zu allem, auch zu politischen Reformen bereit gewesen, um seinen Kopf zu retten. Eine Politik, die die militärische Option tatsächlich als Drohung einsetzt, hätte die Bereitschaft Saddam Husseins zum Kompromiß geprüft. Der Krieg gegen den Irak war jedoch schon beschlossen, schon lange bevor die Amerikaner und ihre europäischen Unterstützer so taten, als sei er nur das letzte Mittel.

Auch im Falle Irans reicht die Planung eines militärischen Einsatzes zurück in eine Zeit, als in der westlichen Öffentlichkeit noch überhaupt nicht die Rede von einer Diplomatie war, die eventuell scheitern könnte. Man mußte im Jahr 2002 oder 2003 schon die israelische Presse verfolgen, um voraussehen zu können, daß sich der übernächste Waffengang gegen Iran richten würde. Immerhin George W. Bush hat Iran auf die „Achse des Bösen“ gesetzt, als die iranischen Reformer noch versuchten, mit den Amerikanern ins Gespräch zu kommen, um sich im Kampf gegen die konservative Staatsführung zu behaupten.

Bushs Vorgänger Bill Clinton hatte erst nach langem Zögern auf die Versöhnungsgesten seines damaligen iranischen Amtskollegen Mohammad Chatami reagiert, der sich per CNN-Ansprache an das amerikanische Volk für die Botschaftsbesetzung von 1979 entschuldigt hatte. Als er und seine Außenministerin Madeleine Albright ihrerseits die „Mauer des Mißtrauens“ abzubauen begannen, indem sie erstmals offen von den Sünden der amerikanischen Iranpolitik sprachen, war es zu spät. Die Amtszeit Clintons neigte sich ihrem Ende zu, und in Teheran waren die Reformer schon weitgehend entmachteter. Der schleichende Putsch aus dem iranischen Sicherheitsapparat, gegen den der Westen nie ernsthaft protestierte, hatte bereits 2001 mit zahlreichen Verhaftungen und der Schließung fast der gesamten liberalen Presse eingesetzt. Er setzte sich fort mit der Manipulation der darauf folgenden Parlaments- und Kommunalwahlen

und fand seinen vorläufigen Höhepunkt mit dem Coup, den zuvor fast unbekanntem Mahmud Ahmadinejad als Nachfolger Chatamis durchzusetzen. Seither werden auf allen Ebenen des iranischen Staates, in den Universitäten, in der Diplomatie und in den Kultureinrichtungen sämtliche Personen ausgetauscht, die je auch nur angedeutet haben, sich ein offeneres Land vorstellen zu können. Im Ergebnis wird es in Iran vorerst niemanden mehr geben, der die Amerikaner durch Kompromißbereitschaft irritieren könnte.

Daß die Europäer überhaupt so lang mit Teheran verhandeln durften, lag kaum an deren Überzeugungskraft, sondern schlicht daran, daß den Amerikanern im Irak die Hände länger gebunden waren, als sie erwartet hatten. Nun aber verdichten sich die Anzeichen, daß sie demnächst so weit sein könnten für den nächsten Militärschlag, und schon betont Tony Blair wieder, daß ein Militäreinsatz gegen Iran nicht in Frage käme – aber die Aussage des amerikanischen Präsidenten George W. Bush, er schließe im Atomstreit mit Iran keine Option aus, sei „vollkommen vernünftig“.

Gut, folgen wir der Logik Blairs – aber dann sollten wir darüber sprechen, was die Option, die angeblich rein theoretisch sein soll, praktisch bedeuten würde. Für eine Invasion nach Vorbild des Irakkriegs dürften den Amerikanern derzeit die Ressourcen fehlen, zumal die Islamische Republik seit Jahren einen großen Teil ihrer Öleinnahmen für Waffenkäufe statt für die Entwicklung des Landes verwendet. Mit den verschiedenen Milizen verfügt das Regime zudem über jenes Reservoir an religiös aufgeputschten Kämpfern, das Saddam Hussein immer angedichtet worden war. Die Amerikaner werden also kaum vorhaben, Iran zu erobern. Eher denken sie über Luftangriffe auf Atomanlagen und sonstige strategische Ziele nach. Denken wir also mit. Denken wir an den Tag danach.

Am Tag danach wäre aller Wahrscheinlichkeit nach das iranische Atomprogramm um einige Jahre zurückgeworfen. Das klingt gut. Am Tag danach würden die iranischen Führer medienwirksam die Angehörigen der iranischen Zivilopfer besuchen und sich der gesamten islamischen Welt als Widerstandskämpfer gegen die neuen Kreuzzügler präsentieren. Gegenüber der eigenen Bevölkerung würden sie an den CIA-Putsch gegen den demokratisch gewählten Ministerpräsidenten Mohammed Mossadegh sowie an die amerikanischen Waffen für den Aggressor Saddam Hussein erinnern, um antiwestliche Ressentiments zu schüren, die in der breiten Bevölkerung kaum noch verbreitet sind. Wie schon nach dem irakischen Einmarsch 1980 würde das Regime auch den amerikanischen Angriff nutzen, um die letzten öffentlichen Gegenstimmen zum Verstummen zu bringen. Die im Augenblick keineswegs gefestigte Herrschaft der Clique hinter Ahmadinejad, die sich aus dem Geheimdienst und Theologen der erzreaktionären Haqqani-Schule zusammensetzt, wäre auf Jahre gesichert. Das klingt schon weniger gut. Aber das wäre nicht einmal das Schlimmste.

Am Tag danach könnte die Islamische Republik damit beginnen, sich mit den unappetitlichen Mitteln zu wehren, die ihr zu eigen sind. Sie würde ihren Einfluß nutzen, um im Irak, im Libanon, in Israel, unter den schiitischen Minderheiten der Golfstaaten und in den Besetzten Gebieten für Aufruhr und Gewalt zu sorgen. Die Bevölkerung in der arabischen Welt, an die Ahmadinejads Stimmungsmache gegen Israel adressiert ist (bei den Iranern ist mit Palästina – da arabisch - kein Blumentopf zu gewinnen), würde sich weiter gegen den Westen radikalieren. Genau wie im Irak wäre das Ergebnis jenes Angriffs, der angeblich der westlichen Sicherheit dient, ein enormer Anstieg terroristischer Anschläge, die wiederum die beste Legitimation bieten für noch mehr kulturkämpferisch verbrämte Militärschläge.

Ein Iran, das in der Folge dauerhaft unter amerikanischen Beschuß geriete, könnte sich innerhalb kürzester Zeit in seine ethnischen Bestandteile auflösen (fast die Hälfte der Bevölkerung gehören einer ethnischen oder religiösen Minderheit an). Mit Flugsicherheitszonen kämen die Amerikaner den aufbegehrenden Kurden, Belutschen oder Azeris sicher gern zur Hilfe. Am Ende könnte auch Iran in jenes Chaos stürzen, das die Amerikaner in Afghanistan und im Irak gestiftet haben. Der Nahe Osten stünde in jenem Flächenbrand, den die Kriegstreiber bis heute als absurde Konstruktion weltfremder europäischer Gutmenschen darstellen. Und wer bereit steht, das Feuer zu löschen, das auf den Westen überzuspringen droht, ist auch schon klar: eben jene neokonservativen Weltverbesserer, die bisher noch jeden Brand mit Benzin bekämpft haben. Das klingt alarmistisch? Mag sein, aber es ist allemal realistischer als die blühenden Freiheiten, die George W. Bush den Afghanen, Palästinensern und Irakern versprochen hat.

Unmittelbar nach dem Sturz Saddam Husseins haben viele Iraner sich gewünscht, ebenfalls von den Amerikanern befreit zu werden. Inzwischen hat sich die Stimmung komplett gewendet. Sogar unter Exiloppositionellen in den Vereinigten Staaten findet die Bush-Administration kaum jemanden, der militärische Mittel befürworten würde. Zuletzt hat sich der Sohn des gestürzten Schahs vehement gegen einen Krieg ausgesprochen. Nur der iranische Präsident scheint sich nach einer Entscheidungsschlacht regelrecht zu sehnen, sonst würde er den Vereinigten Staaten mit seinen Tiraden gegen Israel und der Leugnung des Holocausts nicht punktgenau die Stichwörter liefern, die den Westen in Aufruhr versetzen. Das ist kein Zufall. Das Denken Ahmadinejads und seiner ideologischen Stichwortgeber ist geprägt von der Wiederkehr des schiitischen Messias, die unmittelbar bevorstünde. Zuvor allerdings muß die Welt in Blut und Gewalt versinken.

Noch schauerlicher werden die Aussichten, wenn man sich erinnert, daß messianische Vorstellungen nicht nur für muslimische Extremisten wie Ahmadinejad oder Bin Laden eine Rolle spielen, sondern auch im evangelikalen Fundamentalismus. Dessen Anhänger malen sich bekanntlich im Nahen Osten das Armageddon aus, jenes Schlachtfeld, das im Neuen Testament

als der Schauplatz des prophezeiten letzten Kampfes zwischen Gut und Böse genannt wird. So wie Iran die Bilder eines muslimischen Mobs, der westliche Botschaften stürmt, benutzt oder sogar produziert, führt die Bush-Administration mit Guantamo Bay und Abu Ghraib der muslimischen Welt eine Fratze des Westens vor, die alle Feindbilder doppelt und dreifach bestätigt. Wie groß der Einfluß der Evangelikalen auf die Bush-Administration auch immer sein mag - im Ergebnis haben so gut wie alle Schritte, die die Vereinigten Staaten seit dem 11. September im Nahen Osten unternahmen, zu mehr Gewalt geführt. Profitiert haben die Extremisten, ob Bin Laden oder az-Zarkawi, ob die Hamas oder Ahmadinejad. Zuletzt hat George W. Bush inmitten der europäisch-russischen Verhandlungen mit Iran eine strategische Atompartnerschaft mit Indien verkündet, die den Atomwaffensperrvertrag in einem Augenblick neuerlich ad absurdum führt, den die Iraner – und nicht nur das Regime - nur als zusätzliche Provokation und Demütigung empfinden können. Zufall? Ignoranz? Unvermögen? Hoffentlich. Denn sonst wäre nicht nur Iran, sondern auch die Weltpolitik in der Hand von Überzeugungstätern, die die Eskalation zur Strategie erklärt haben.

Eine militärische Lösung für den Irankonflikt abzulehnen, bedeutet nicht, sich mit der iranischen Atombombe abzufinden, sondern sich auf die realistischen Möglichkeiten zu konzentrieren, sie zu verhindern oder wenigstens zu verzögern. Kurzfristig heißt das vor allem, alles daran zu setzen, damit das iranische Atomprogramm nicht aus dem Kontrollmechanismus der internationalen Atomenergiebehörde fällt – so unvollkommen er sein mag. Den Wert internationaler Abkommen wie dem Vertrag zur Nichtverbreitung Massenvernichtungswaffen, an die auch Iran sich halten soll, wird man allerdings nicht damit unterstreichen, indem man selbst diese Abkommen über Jahre so offen mißachtet wie die Vereinigten Staaten.

Klar ist: Dauerhafte Sicherheit ist mit dem Regime in Teheran nicht zu gewinnen. Selbst wenn die Atomverhandlungen zu einem Kompromiß führen würden, bliebe die Islamische Republik im Inneren wie für die Region ein Unruheherd. Also sollte man nicht nur über Atomanlagen sprechen, sondern auch über Demokratie. Der Westen könnte die zivile Gesellschaft Irans, die sich unter der Oberfläche einer faschistoiden Regierung weiter dynamisch entwickelt, durch einen Austausch auf breiter Ebene und die Unterstützung demokratischer Kräfte enorm fördern. Derzeit tendieren solche langfristig angelegten politischen Anstrengungen gegen Null. Zugleich wären mögliche Druckmittel und Sanktionen daraufhin zu prüfen, ob sie geeignet sind, den Keil zwischen der Regierung und den pragmatischeren Kräften innerhalb des Systems zu vertiefen. Das eng mit der Geschäftswelt verbundene konservative Establishment hat kein Interesse an Isolation, an Kapitalflucht und dem Einbruch des Aktienmarktes.

Es gibt viele Anzeichen dafür, daß der neue Präsident alles andere unangefochten ist, mögen die westlichen Medien auch selten davon berichten: Massenstreiks, spontane Proteste in den

Provinzen, eine wieder mutiger werdende Gegenöffentlichkeit, aber auch lautstarke Kritik aus der Wirtschaft, der Geistlichkeit und der Technokratie. Nur in einem stimmen Staat und Gesellschaft weitgehend überein: im Unmut über die Arroganz, mit der den Iranern prinzipiell das Recht auf die Nutzung der Atomenergie abgesprochen wird. Der Widerstand gegen westliche Vormundschaft droht dem iranischen Regime eine Legitimität zu beschern, die es in der breiten Bevölkerung längst verloren hatte. Viel wäre daher schon gewonnen, wenn den Iranern signalisiert würde, warum der Westen das iranische Atomprogramm ablehnt – nicht, weil Iran weniger Rechte hat als seine Nachbarländer, sondern weil seine Regierung eine Bedrohung darstellt für das eigene Volk wie für die gesamte Region.

Der Schriftsteller und Orientalist Navid Kermani lebt in Köln. Soeben erschien sein erstes Kinderbuch: „Ayda, Bär und Hase“ (Picus Verlag).